

**Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses
am Mittwoch, dem 09.05.2007, im Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Zi. 540)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:30 Uhr**

| | | | Seite |
|----|--|-----------------|-----------|
| . | <u>I. Öffentlicher Teil</u> | | |
| 1. | Erstellung eines Integrationsberichtes für den Kreis Warendorf | 036/2007 | 4 |
| 2. | Beratungs- und Therapiemöglichkeiten zu Krebserkrankungen im Kreis Warendorf | 025/2007 | 6 |
| 3. | Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht | 027/2007 | 8 |
| 4. | Bericht über die Frauenberatung im Kreis Warendorf | 035/2007 | 10 |
| 5. | Demografiebericht und Handlungskonzept Kreis Warendorf | 051/2007 | 12 |
| 6. | Kinderärztlicher Notdienst im Kreis Warendorf | 053/2007 | 14 |
| . | <u>II. Nichtöffentlicher Teil</u> | | |
| 1. | Ambulant betreute Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenzerkrankung in Drensteinfurt-Rinkerode; | 052/2007 | 15 |

Anlagen

- | | |
|----------|--|
| Anlage 1 | Bericht des Herrn Wapelhorst, Geschäftsführer der ARGE |
| Anlage 2 | Tischvorlage zum Demografiebericht |
| Anlage | Informationsblatt zum Mammographie-Screening |

Anwesend:

| Vorsitz |
|------------------------------------|
| Tünte-Poschmann, Hildegard |
| Ausschussmitglieder |
| Birkhahn, Astrid |
| Grabenmeier, Hildegunde |
| Hein-Kötter, Dorothea |
| Hohmann de Palma, Ingrid |
| Holz, Günter |
| Hörnemann, Josef |
| Mors, Annette |
| Steiner, Hans-Rüdiger |
| Stöppel, Gregor |
| Strohbücker, Josef |
| Strübbe, Robert |
| Wördemann, Christiane |
| stellv. Ausschussmitglieder |
| Gerwing, Theresia |
| von der Verwaltung |
| Börger, Heinz Dr. |
| Lummer, Petra |
| Schabhüser, Helmut |
| Schmiele, Angelika |
| Schulze-Kalthoff, Norbert Dr. |
| Schürmann, Brigitte |
| Gäste |
| Holz, Sybille |
| van Stephaudt, Gabriele |
| Wapelhorst, Peter |
| Rennefeld, Birgitta |

Es fehlten entschuldigt:**Ausschussmitglieder**

Schmidt, Ulrike

Wartala, Franz-Jörg

Frau Tünte-Poschmann eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Sozialausschuss mit Einladung vom 27.04.2007 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

| |
|-----------------------------|
| I. Öffentlicher Teil |
|-----------------------------|

| | | |
|-----------|--|-----------------|
| 1. | Erstellung eines Integrationsberichtes für den Kreis Waren- | 036/2007 |
| | dorf | |

Herr Dr. Börger erinnert, dass in der Sitzung des Sozialausschusses am 17.01.2007 das Thema Integration/Migration intensiv diskutiert wurde. Die Verwaltung habe daraufhin einen Vorschlag erarbeitet, wie und mit welchen Mitteln das Thema bearbeitet werden solle.

Die Integration/Migration sei ein schwieriges Thema, das mit vorhandenen personellen Ressourcen nicht zu erledigen sei.

Die Aufgabe solle federführend vom Sozialamt in enger Zusammenarbeit mit verschiedenen Ämtern, insbesondere der Ausländerbehörde durchgeführt.

Herr Dr. Börger führt aus, dass bei bisherigen Planungsprozessen gute Erfolge erzielt worden seien. Die Sozialplanung habe die Prozesse koordiniert, es seien Arbeitsgruppen gebildet worden und eine breite Beteiligung der Betroffenen erfolgt.

Dieser Prozess sei auch für das Thema Integration geplant. Eine wissenschaftliche Begleitung durch ein noch auszuwählendes Institut solle ebenfalls erfolgen.

Die erforderliche Einrichtung der zusätzlichen Stelle eines Sozialplaners sei für 2008 vorgesehen. Ebenso könne die Beauftragung eines Instituts aufgrund fehlender Haushaltsmittel in 2007 erst in 2008 erfolgen.

Für den 17.09.2007 kündigt Herr Dr. Börger eine Sondersitzung des Sozialausschusses und des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien auf Haus Nottbeck an. Es seien verschiedene Expertenvorträge vorgesehen, u.a.

- von Herrn Holz, Arbeitsagentur (Berufsberatung)
- eines Schulamtsdirektors (Sprachunterricht)
- dem Leiter der Volkshochschule (Integrationskurse)
- des Gesundheitsamtes
- des Ordnungsamtes
- von Wohlfahrtsverbänden, die sich mit dem Thema Integration beschäftigen
- der Stadt Ahlen, die sich bereits mit der Integrationsproblematik beschäftigt habe.

Frau Mors erklärt, dass die SPD-Fraktion das Konzept unterstütze, auch wenn der Prozess aufgrund der erforderlichen Bereitstellung von Haushaltsmitteln und der Auswahl eines Institutes erst in 2008 richtig beginnen könne. Für die Sondersitzung am 17.09.2007 schlägt sie die Beteiligung von Flüchtlingshilfevereinen vor.

Frau Hohmann de Palma schlägt die Beteiligung von Migrantenorganisationen für die Sitzung am 17.09.2007 vor, da nicht nur *für*, sondern auch *mit* Migranten gesprochen werden solle.

Es sei wichtig, den beabsichtigten Zeitplan einzuhalten.

Frau Birkhahn unterstützt im Namen der CDU-Fraktion die Vorschläge der Verwal-

tung.

Herr Stöppel bewertet die Beschlussvorschlag als schlüssig und zweckmäßig. Die erforderlichen Mittel sollten bereitgestellt werden.

Herr Dr. Börger führt aus, dass die für 2008 vorgesehenen Mittel zunächst in den Haushaltsplanberatungen (Dezember 2008) bereitgestellt werden müssten. Anschließend könne die Stellenausschreibung erfolgen und die Mittel bereit gestellt werden. Es werde daher noch ca. 1 Jahr dauern bis mit der Erstellung des Berichtes zur Integration/Migration begonnen werde könne. Nach den bisherigen Erfahrungen werde der Bericht dann in ca. 2 Jahren vorliegen.

Er weist darauf hin, dass die Stadt Ahlen als die Stadt im Kreis mit den größten Migrations-Problemen bereits eine Sozialplanerin eingestellt habe und der Prozess dort früher beginnen werde. Der Kreis werde sich in die dortige Arbeit einbringen.

Auf Nachfrage von Frau Birkhahn, ob die geplanten Ausschreibungen schon vor Verabschiedung des Haushaltsplanes erfolgen können, erklärt Herr Dr. Börger, dass er dieses mit der zentralen Vergabestelle des Kreises klären werde. Generell sei es jedoch nicht möglich.

Aufgrund des umfangreichen Programms am 17.09.2007 wird der Sitzungsbeginn einvernehmlich auf 14.00 Uhr festgelegt.

Frau Tünte-Poschmann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Beschlussvorschlag:

1. Es wird ein Integrationsbericht für den Kreis Warendorf erstellt.
2. Für diese Aufgabe wird im Stellenplan 2008 eine weitere Stelle für einen Sozialplaner eingerichtet.
3. Die Berichterstellung wird wissenschaftlich unterstützt. Durch eine Ausschreibung soll ein geeignetes Institut gefunden werden.
4. Im Herbst 2007 soll eine gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses und des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien stattfinden, in der die Integrationsberater der Wohlfahrtsverbände sowie der Agentur für Arbeit über die bestehenden Angebote berichten sollen. Außerdem sollen sich geeignete Bewerber für die wissenschaftliche Begleitung vorstellen.
5. Die vom Sozialausschuss am 17.01.2007 beschlossene Fachtagung soll als Auftaktveranstaltung zur Berichterstellung Anfang 2008 stattfinden.

| | | |
|-----------|---|-----------------|
| 2. | Beratungs- und Therapiemöglichkeiten zu Krebserkrankungen im Kreis Warendorf | 025/2007 |
|-----------|---|-----------------|

Herr Dr. Schulze Kalthoff teilt mit, dass Frau Lummer seit dem 01.01.2007 beim Kreis Warendorf für Bestandsanalyse, Planungen und grundlegende Berichte zuständig sei im Bereich des Gesundheitsamtes.

Frau Lummer, Gesundheits- und Pflegewissenschaftlerin, erläutert ihre Recherchetätigkeit zu Krebserkrankungen im Kreis Warendorf. Sie berichtet über

- Onkologie im niedergelassenen und im stationären Bereich im Kreis Warendorf
- Beratungsangebote im Krankenhaus
- im Kreis Warendorf tätige PsychotherapeutInnen und PsychoonkologInnen
- ergänzende Hilfsangebote/ Frauenberatungsstellen in Beckum und Warendorf
- das Brustzentrum St. Franziskus-Hospital Ahlen
- Selbsthilfegruppen zum Thema Krebs

(sh. Vorlage).

Weiterhin berichtet Frau Lummer zum Mammographie-Screening für Frauen von 50 bis 69 Jahren. Zu diesem Thema verteilt Sie ein Informationsblatt (Anlage).

Frau Grabenmeier zeigt sich sehr zufrieden mit den zusammen gestellten Informationen.

Sorge bereite ihr ein Schreiben des DRK Everswinkel von Dezember 2006 an Herrn Dr. Schulze Kalthoff, in dem eine zusätzliche Beratungsstelle in Everswinkel gefordert wurde. Sie erkundigt sich, ob diese Forderung gerechtfertigt sei.

Offensichtlich bestehe ein hoher Beratungsbedarf bei krebserkrankten Menschen, der nur zum Teil gedeckt werden könne. Es sei originäre Aufgabe des Kreises, Beratungsstellen einzuführen.

Frau Grabenmeier ergänzt, dass diese Beratungsstelle auch für Menschen z.B. aus Telgte und Sendenhorst zur Verfügung stehen würde.

Herr Dr. Börger teilt mit, dass das Schreiben des DRK Everswinkel als Antrag zum Haushalt 2006 galt. Es wurde daraufhin allen Fraktionen zur Kenntnis gegeben, der Antrag sei jedoch von keiner Fraktion unterstützt worden.

Er weist darauf hin, dass es sich nicht um eine Pflichtaufgabe des Kreises handele. Vielmehr sei zu prüfen, ob ein Beratungsangebot sinnvoll und notwendig sei.

Herr Dr. Schulze Kalthoff erläutert, dass er das Schreiben kritisch geprüft habe. Problematisch sei, dass

- dem Konzept kein kreisweiter Ansatz zu Grunde liege und
- keine Vernetzung der Anbieter mit dem Kreis Warendorf bestehe.

Der Bedarf sei dem Kreis Warendorf nicht bekannt, er werde lediglich vom Anbieter selbst definiert und sei daher in Frage zu stellen.

Auch Herr Dr. Schulze Kalthoff sieht den Kreis Warendorf nicht in der Pflicht, sondern zunächst die Krankenhäuser oder auch die Frauenberatungsstellen.

Frau Mors erkundigt sich nach den Schritten, die der Bestandsaufnahme folgen. Es müssten weitere Recherchen erfolgen und Wünsche von Patienten berücksichtigt werden.

Sie hält es für erforderlich, dass sich die Gesundheitskonferenz weiterhin mit diesem Thema beschäftigt. Zudem sei eine breite Veröffentlichung der in der Bestandsaufnahme gesammelten Adressen erforderlich, z.B. in den Arztpraxen im Kreis Warendorf.

Herr Dr. Börger teilt mit, dass die Beratungs- und Therapiemöglichkeiten bei Krebserkrankungen bereits mehrfach ausführlich in der Gesundheitskonferenz erörtert wurden. Des Weiteren bestünden seit längerer Zeit Kontakte zur Krebsberatungsstelle Münster.

Sämtliche Informationen könnten über deren Homepage abgerufen werden. Vorteil sei, dass die Informationen immer aktuell seien.

Frau Tünte-Poschmann dankt Frau Lummer für die Informationen.

| | |
|---|-----------------|
| 3. Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht | 027/2007 |
|---|-----------------|

Herr Wapelhorst, Geschäftsführer der ARGE SGB II im Kreis Warendorf, erläutert den aktuellen Sachstand

- zur Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften
- zur Entwicklung der Hilfeempfänger und erwerbsfähigen Hilfeempfänger
- zur Anzahl der Bedarfsgemeinschaften nach Städten und Gemeinden
- zur Zielvereinbarung vom 02.05.2006 / Reduzierung der Transferleistungen insgesamt um 3 %
- zur Zielvereinbarung vom 02.05.2006 / Erhöhung der Integrationen um 5 % auf insgesamt 2.253 Integrationen
- zur Zielvereinbarung vom 02.05.2006 / Erhöhung der Integrationen U 25 auf 565 Integrationen
- zu den Zielen 2007:
 - Reduzierung der Passiven Leistungen (ALG II/ Sozialgeld) um 4 %
 - Reduzierung der Leistungen für Unterkunft um 4 %
 - Erhöhung der Integrationsquote um 5,6 % auf 23,1 % = 3.179 Integrationen
 - Erhöhung der Integrationsquote U 25 um 6,9 % auf 30,8 % = 691 Integrationen

anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 1).

Herr Wapelhorst teilt mit, dass die Zahlen bei den Bedarfsgemeinschaften, Hilfeempfängern und erwerbsfähigen Hilfeempfängern durch die gute Wirtschaftslage einerseits, aber auch die gute Arbeit der ARGE andererseits rückläufig seien.

Der leichte Anstieg der Bedarfsgemeinschaften in Ostbevern resultiere aus einem längerfristigen krankheitsbedingten Ausfall eines Mitarbeiters vor Ort.

Hinsichtlich der Erhöhung der Integrationen weist Herr Wapelhorst darauf hin, dass die anvisierten Ziele der Zielvereinbarung vom 02.05.2006 deutlich überschritten werden.

Zur Reduzierung der Leistungen für Unterkunft um 4 % als Ziel für 2007 erläutert er, dass die Tendenz richtig, aber noch nicht ausreichend sei. Der Fokus werde derzeit auf die 4.000 allein lebenden Hilfeempfänger gelegt, da insbesondere bei dieser Gruppe eine Reduzierung der Leistungen bei Arbeitsaufnahme gut zu erreichen sei. Die Integration der unter 25-jährigen sei besonders schwierig.

Herr Wapelhorst erklärt auf Nachfrage von Frau Hohmann de Palma, dass die ARGE aufgrund der Vorgabe des Kreises als Träger der Leistung Pauschalbeträge für die Teilnahme an Klassenfahrten gewährt.

Frau Schürmann erläutert, dass für die Klassenfahrten Pauschalbeträge festgelegt seien, aber auch das Einzelfallprinzip gelte. Gesetzlich sei geregelt, dass für Leistungen für die Teilnahme an Klassenfahrten gewährt werden, hinsichtlich der Höhe sei jedoch Ermessensspielraum gegeben. Die Höhe sei ihr nicht bekannt, die Information werde dem Protokoll beigefügt.

Es wurden folgende Höchstgrenzen festgelegt:

- Klassen 1 – 4 100,00 €
- Klassen 5 – 7 140,00 €
- Klassen 8 – 10 200,00 €
- ab Klasse 11 300,00 €

Frau Mors erkundigt sich nach der Höhe des Budgets für Eingliederungsmaßnahmen und in welcher Höhe dies bereits verausgabt wurde.

Herr Wapelhorst erklärt, dass bisher 40 % des Budgets von ca. 10.000.000 € verausgabt wurden. In diesem Jahr werde voraussichtlich keine hohe Mittelrückgabe erfolgen. Er weist jedoch darauf hin, dass eine Maßnahme für den Teilnehmer passgenau sein müsse, da diese ansonsten wenig sinnvoll sei.

Herr Wapelhorst erläutert zum Abbau von Vermittlungshemmnissen der Hilfeempfänger, dass die Schuldnerberatung sehr intensiv genutzt werde. Gleiches gelte auch für die Kinderbetreuung.

Bei der Frauenberatung und der Drogenberatung sei es hingegen oft der Fall, dass die persönlichen Ansprechpartner nicht über die Inanspruchnahme der Beratungsangebote informiert seien.

Die Personalsituation im Fallmanagement habe sich deutlich verbessert, erklärt Herr Wapelhorst abschließend. Derzeit seien nur 2 Stellen unbesetzt. Jeder Fallmanager sei für ca. 80 Bedarfsgemeinschaften zuständig und daneben ggfls. mit Sonderaufgaben befasst.

Frau Tünte-Poschmann dankt Herrn Wapelhorst für seine Ausführungen.

4. Bericht über die Frauenberatung im Kreis Warendorf**035/2007**

Frau Tünste-Poschmann begrüßt Frau Rennefeld und Frau van Stephaudt von der Frauenberatungsstelle Beckum sowie Frau Holz von der Frauenberatungsstelle Warendorf.

Frau Rennefeld erläutert die Angebote sowie statistische Daten der Frauenberatungsstelle und Kontaktstelle gegen sexualisierte Gewalt in Beckum anhand des vorgelegten Tätigkeitsberichtes 2006. Die Stelle sei für den Südkreis zuständig und beschäftige 3 Mitarbeiterinnen.

Beratung und Therapie werden für Frauen und Mädchen ab 16 Jahren angeboten, die sich in Konfliktsituationen und Krisen befinden, u.a. aufgrund von erfahrener Gewalt und Traumafolgen.

So seien in 2006 insgesamt 430 Klientinnen beraten worden, 340 davon zum Thema Gewalt, berichtet Frau Rennefeld. Hier stehe insbesondere die häusliche Gewalt im Vordergrund, so dass der Gewaltschutzberatung und dem Gewaltschutzgesetz besondere Bedeutung zukommen. In 2006 seien 154 Frauen zu Gewaltschutzmaßnahmen beraten worden; 73 von ihnen seien durch eine Mitteilung der Polizei nach einem Einsatz zu häuslicher Gewalt an die Frauenberatungsstelle verwiesen worden. Die Kontaktstelle gegen sexualisierte Gewalt biete Beratung für Frauen und Mädchen ab 14 Jahren und sei für das gesamte Kreisgebiet zuständig.

Die Finanzierung der Frauenberatungsstelle erfolge u.a. über öffentliche Gelder und die Leistungsentgelte des Kreises Warendorf. Ungefähr $\frac{1}{4}$ der benötigten Mittel würden seitens der Frauenberatungsstelle, z.B. durch Spenden, selbst aufgebracht.

Frau Holz erläutert, dass die Frauenberatungsstelle Warendorf für den Nordkreis zuständig sei und seit 23 Jahren vom Verein Frauen helfen Frauen e.V. Warendorf getragen werde. Hier seien 3 Mitarbeiterinnen jeweils mit einer Halbtagsstelle beschäftigt.

Frau Holz berichtet aus dem vorgelegten Jahresbericht, dass in 2006 mit 238 Klientinnen insgesamt 764 Einzelgespräche erfolgten. Schwerpunkte seien die beratenden, therapeutischen und begleitenden Tätigkeiten sowie auch die Gewaltproblematik.

Die typische Klientin beschreibt Frau Holz als 36-jährige verheiratete deutsche Frau mit Kindern und Teilzeitberuf.

Der Anteil der ratsuchenden Ausländerinnen betrage ca. 10 %.

Die zur Finanzierung der Beratungsstelle erforderlichen Einnahmen werden zu ca. $\frac{1}{3}$ als Eigenanteil durch den Träger selbst aufgebracht.

Frau van Stephaudt teilt mit, dass bei Migrantinnen keine kulturelle Hemmschwelle bestehe, die Frauenberatung aufzusuchen. Oft gebe es jedoch sprachliche Probleme, so dass Vertrauenspersonen zur Übersetzung erforderlich seien. Der Schwerpunkt der Migrantinnen liege in Ahlen.

Die Beratungszeiträume seien unterschiedlich, führt Frau van Stephaudt aus. Es gebe

- Kurzberatungen mit 1 – 5 Gesprächen,
- mittelfristige Beratungen mit bis zu 12 Gesprächen und
- langfristige Beratungen über mehrere Jahre.

Erstgespräche könnten ratsuchenden Frauen kurzfristig angeboten werden.

Die Trennung vom Ehemann sei nicht vorrangiges Ziel der Beratungen, erklärt Frau van Stephaudt. Bei einer Gewaltbeziehung sollten die Frau und ihre Kinder jedoch nicht bei ihrem Mann bleiben.

Frau Mors erinnert daran, dass es das Gewaltschutzgesetz seit 5 Jahren gebe. Die häusliche Gewalt nehme jedoch trotz Prävention zu, wie ihr aus dem Polizeibeirat bekannt sei. Diese Zustände müssten verändert werden, insbesondere wenn auch Kinder betroffen sind. Es müsse daher auch mit den Aggressoren gearbeitet werden.

Frau Rennefeld teilt mit, dass es im Kreis Warendorf auch freiwillige Beratungsmöglichkeiten für gewalttätige Männer gebe, die jedoch kaum angenommen würden.

Frau Holz führt auf Nachfrage von Frau Tünte-Poschmann aus, dass die Mitarbeiterinnen der Frauenberatungsstellen ratsuchende Frauen nicht dazu drängen, ihren Ehemann zu verklagen. Wichtiger sei es, einen lebenssichernden Plan zu erstellen. In vielen Fällen würden die Frauen auch die Schuld bei sich selbst suchen.

Frau Rennefeld weist darauf hin, dass mit dem Kreis Warendorf ein Leistungsvertrag bestehe. Seit Gründung der ARGE in 2005 würden Frauen, die SGB II-Leistungen beziehen, von dort zugewiesen.

Frau Holz ergänzt, dass Beratungen für Frauen, die Leistungen nach dem SGB XII erhalten, anonym erfolgen. Bei den Zuweisungen durch die ARGE würden die Inanspruchnahme der Frauenberatungsstellen in der Eingliederungsvereinbarung festgeschrieben. Generell wäre es jedoch besser, wenn die ratsuchenden Frauen freiwillig kämen, dieses sei allerdings nicht mit dem SGB II kompatibel.

Frau Rennefeld erläutert, dass auch Frauen in die Beratungsstellen kommen, ohne dass die Fallmanager darüber informiert seien. Die Beratungen seien kostenlos, aber bei Zuweisungen durch den Fallmanager wäre eine Abrechnung der Kosten mit dem Kreis möglich.

Herr Wapelhorst teilt mit, dass er hierzu Gespräche mit den Mitarbeiterinnen der Frauenberatungsstellen geführt habe. Er bestätigt, dass den Fallmanagern oft nicht bekannt sei, dass Frauen die Beratungsstellen aufsuchen.

Frau Rennefeld erklärt, dass die anonymisierte Form der Antragstellung auch bei Leistungsempfängerinnen nach SGB II wünschenswert sei.

Herr Dr. Börger erklärt abschließend, dass im SGB II eine Mitwirkungspflicht bestehe. Diese beinhalte, auch einen gewissen Druck auszuüben. Zur weiteren Klärung sei bereits ein Gespräch zwischen Kreis, ARGE und Frauenberatungsstellen vereinbart.

Frau Tünte-Poschmann dankt Frau Holz, Frau Rennefeld, Frau van Stephaudt für ihre Berichte.

5. Demografiebericht und Handlungskonzept Kreis Warendorf 051/2007

Frau Schürmann erläutert, dass die Zuständigkeit des Sozialausschusses für den vorliegenden Demografiebericht bei den Handlungsschwerpunkten

- Ältere Menschen,
 - Arbeit,
 - Gesundheit und
 - Migration
- liegt.

Die Städte und Gemeinden seien um Hinweise zum Bericht gebeten worden. Die für den Sozialausschuss relevanten Stellungnahmen der Städte Ahlen und Oelde liegen als Tischvorlage vor (Anlage 2).

Frau Birkhahn bescheinigt dem Bericht, schlüssige Hinweise zu geben. Wichtig sei es, dass das zeitnah umgesetzt werde.

Frau Mors zeigt sich irritiert, dass Rückmeldungen nur von Ahlen und Oelde erfolgt seien. Sie fragt nach, ob der Demografiebericht in allen Städten und Gemeinden beraten wurde. Bevor ein Beschluss gefasst werden könne, sei auf weitere Stellungnahmen zu warten.

Herr Dr. Börger teilt mit, dass der Demografiebericht in der Bürgermeister-Dienstbesprechung zur Stellungnahme vorgetragen worden sei.

Der Demografiebericht sei auch in den Städten und Gemeinden diskutiert worden. Einige Bürgermeister hätten Hinweise gegeben, die überwiegend im Bericht berücksichtigt wurden. Eine Stellungnahme jeder einzelnen Stadt sei jedoch nicht erforderlich, da es sich um einen Entwicklungsplan des Kreises handle.

Er weist darauf hin, dass bereits im Jugendhilfeplan von 1992 die Demografie im Vordergrund stand und in der Altenhilfeplanung und im Familienbericht ebenfalls Thema gewesen sei.

Herr Stöppel teilt mit, dass aus kommunalpolitischer Sicht aus Beckum keine Stellungnahme erforderlich war.

Aufgrund des demografischen Wandels sei es z.B. kaum möglich, zukünftig alle Grund- und Hauptschulen auszulasten und zu erhalten. In diesem Zusammenhang weist Herr Stöppel darauf hin, dass die Stadt Beckum hinsichtlich des Erhalts der Grundschule in Beckum-Roland seit Monaten keine Antwort der Bezirksregierung Münster bzw. des Landes auf eine entsprechende Anfrage erhalten habe.

Herr Dr. Börger weist unter Bezug auf TOP 1 darauf hin, dass nach dem Demografiebericht auch bald ein Migrationsbericht erstellt werde. Damit seien alle wichtigen Felder abgedeckt.

Frau Birkhahn dankt dem Kreis für die seit Jahren gute Arbeit in der Sozialplanung.

Frau Tünte-Poschmann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Beschlussvorschlag:

Dem Handlungsprogramm wird zugestimmt.

6. Kinderärztlicher Notdienst im Kreis Warendorf**053/2007**

Frau Hohmann de Palma erläutert die Anfrage der Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Der kinderärztliche Notdienst solle insbesondere im Nordkreis flächendeckender vorgehalten werden.

Herr Dr. Schulze Kalthoff erläutert, dass auch während der Notdienstzeiten ein qualitativ hoher Wochenenddienst vorgehalten werden solle. Bei ungünstiger Konstellation könne es dennoch vorkommen, dass ein Kind am Wochenende nicht auf einen Arzt mit der erforderlichen Fachlichkeit treffe, da nicht das gesamte Spektrum abgedeckt werden könne.

Zuständig sei die kassenärztliche Vereinigung Westfalen. Um eine Änderung des Notdienstes zu erreichen, müsste seitens der Kinderärzte eine Änderung des Notdienstes bei dieser Stelle beantragt werden.

Die Aktivitäten in dieser Hinsicht könnten nicht vom Kreis ausgehen. Herr Dr. Schulze Kalthoff bietet an, den Prozess ggfls. zu begleiten.

Frau Tünte-Poschmann schließt die Sitzung um 12.30 Uhr.

Hildegard Tünte-Poschmann
Vorsitzende

Dr. Heinz Börger
Schriftführer